

COVID-19

Arme Kinder erkranken häufiger schwer

Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten haben ein höheres Risiko, so schwer an COVID-19 zu erkranken, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen, als Kinder aus wohlhabenderen Familien. Zu diesem Schluss kommt das Institut für Medizinische Soziologie der Medizinischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf nach einer Auswertung von Versichertendaten der AOK Rheinland/Hamburg im Zeitraum von Januar 2020 bis Mitte Juli 2021. Danach wiesen Kinder von Langzeitarbeitslosen ein 1,36-mal höheres Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf auf als Kinder von arbeitenden Versicherten. Auch Kinder von kurzzeitarbeitslosen oder geringverdienenden Eltern trugen ein höheres Risiko für einen Krankenhausaufenthalt, teilte die AOK Anfang Oktober mit. Diejenigen, die in ärmeren oder beengteren Wohnvierteln lebten, hätten ein dreimal höheres Risiko als diejenigen in besser gestellten Wohnvierteln, schwer an Corona zu erkranken.

Die deutlichen sozialen Unterschiede in Deutschland wirkten sich maßgeblich auf die



Armut beeinträchtigt die Gesundheitschancen von Kindern und Jugendlichen.

Foto: Roman Bodnarchuk

Gesundheitschancen der Menschen aus, folgte AOK Rheinland/Hamburg-Vorstand Matthias Mohrmann. Es müsse deshalb dafür gesorgt werden, dass vulnerable Bevölkerungsgruppen durch gut vernetzte, niedrigschwellige Versorgungsangebote erreicht werden. **HK**

Bundestag

Wahl brachte klare Verhältnisse

Ein auffallend unauffälliges Thema behandelte das *Rheinische Ärzteblatt (RÄ)* in seiner Ausgabe vom 8. November 1972 auf seinen Aufmacherseiten. Es ging um die Einführung einer Krankenversicherung für Landwirte. Kein Wort war zu lesen über den Wahlkampfendspurt zur vorgezogenen Bundestagswahl. Sie fand am 19. November 1972 statt. Über 90 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich. Das Ergebnis beendete das Patt im Bundestag, das die Regierung von Willy Brandt seit April des Jahres lähmte. SPD und FDP konnten Stimmen hinzugewinnen und bildeten erneut eine Koalitionsregierung mit einer deutlichen Mehrheit im Bonner Bundestag. Im Dezember wurde Willy Brandt erneut zum Bundeskanzler gewählt.

Auch der Autor des Leitartikels der Ausgabe vom 23. November 1972 des *RÄ* musste

auf eine Kommentierung des Wahlergebnisses verzichten, da der Redaktionsschluss vor dem Wahltag lag. Der Autor hoffte jedoch, dass nach dem ideologisch aufgeheizten Wahlkampf in Bonn wieder mehr „nach Fakten gefragt“ werde und Realitäten zur Kenntnis genommen würden. Er verwies darauf, dass die im Bundestag vertretenen Parteien oftmals in Sachfragen übereinstimmten, was in der Öffentlichkeit leicht übersehen werde. Mit Blick auf die Gesundheitspolitik steckte er die roten Linien für politische Veränderungen aus Sicht der Ärzteschaft ab: Die „Essentials“ seien freie Arztwahl, Vertragsfreiheit der Ärztinnen und Ärzte sowie „die Selbstverwaltung der Ärzte in den freigeählten Organen ihrer Körperschaften und Verbände“. Wer diese Punkte abschaffen wolle, „muß mit dem energischen Widerstand eben dieser Ärzte und ihrer Organisationen rechnen.“ **bre**

Suizid

Hoher Stellenwert der Prävention

Die Bedeutung der Suizidprävention hat der Deutsche Ethikrat in seiner jüngsten Stellungnahme zu „Suizid – Verantwortung, Prävention und Freiverantwortlichkeit“ betont. Vor dem Hintergrund der anstehenden Gesetzgebung zum assistierten Suizid geht es dem Ethikrat nach eigenen Angaben jedoch nicht darum, Regelungsempfehlungen abzugeben. Man wolle vielmehr ein angemessenes Bewusstsein für die Vielschichtigkeit von Suizidalität schaffen, die Voraussetzungen freiverantwortlicher Suizidentscheidungen präzisieren und die unterschiedlich gelagerte Verantwortung verschiedener Akteure im Kontext von Suizidentscheidungen und Suizidprävention aufzeigen. Eine frei verantwortliche Entscheidung, das eigene Leben zu beenden, sei rechtlich und ethisch als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts zu respektieren, heißt es in der Stellungnahme von Ende September. Die Motive für den Wunsch, das eigene Leben zu beenden, seien vielschichtig: Neben psychischen und insbesondere depressiven Störungen, körperlichen Leiden, Isolation, Einsamkeit oder Lebenssatttheit spielten auch soziale und gesellschaftliche Entwicklungen eine Rolle. Die Dynamik von Suizidgedanken und suizidalen Handlungen unterstreiche die Bedeutung einer Suizidprävention, die mögliche Risikofaktoren angemessen in den Blick nehme. Die Stellungnahme des Ethikrats findet sich auf www.ethikrat.org unter dem Reiter „Suizid“. **HK**

RA VOR 50 JAHREN